

Wenigstens die Schulden ist Suter los

DÜRNTEN Der Dürntner Gemeinderat erlässt Ernst Suter zwar seine offenen Schulden, die zu viel gezahlten Steuern erhält er aber nicht zurück. Das Geld könnte ihm allerdings die Gemeindeversammlung mittels einer Schenkung zurückgeben.

Gestern Morgen trafen sich Ernst Suter, seine Treuhänderin, ein Anwalt sowie Gemeinde- und Kantonsvertreter zu einem Gespräch in Dürnten. Dabei haben die Parteien eine Einigung erzielt. Dies geht aus einem von der Gemeinde veröffentlichten Statement hervor. Demnach werden Ernst Suter alle im jetzigen Zeitpunkt noch offenen Steuerschulden im Rahmen einer aussergerichtlichen Nachlassvereinbarung erlassen.

Es handelt sich dabei um Suters Steuerschulden aus dem Jahr 2011. Seine Steuerrechnung belief sich damals auf insgesamt 150 000 Franken. Davon werden ihm nun laut der Treuhänderin Barbara Schnyder, die an den Verhandlungen dabei war, rund 120 000 Franken erlassen. Der Kanton habe auf alle Forderungen in Höhe von

50 000 Franken verzichtet. Die Gemeinde erliess Suter hingegen nur einen Teil der Gemeindesteuern 2011. Die vier Raten, die er aufgrund der laufenden Betreibung bis heute an die Gemeinde gezahlt hat, erstattete sie ihm nicht zurück. Die letzte Rate in Höhe von rund 9000 Franken zahlte Suter noch Ende November – also nur wenige Tage vor dem Treffen.

Harte Verhandlungen

Wie aus dem Statement weiter hervorgeht, werden diese Betreibungen nun zurückgezogen und die entsprechenden Einträge im Betreibungsregister gelöscht. Die entsprechende Vereinbarung muss von den Parteien noch unterzeichnet und vom Gemeinderat abschliessend genehmigt werden.

«Es waren harte Verhandlungen», sagt Treuhänderin Barbara Schnyder, die sich seit Februar um Ernst Suters Finanzen kümmert. «Wir gingen als Bittsteller ins Gespräch.» Am Ende habe man sich auf das von der Gemeinde veröffentlichte Statement geeinigt. Mit dem Resultat der Gespräche ist Schnyder nicht vollends zufrieden. «Wir hätten uns mehr erhofft.»

Gerne hätten sie einen Teil der zu viel gezahlten Steuern – Schnyder rechnet mit über einer halben Million Franken – zurückgehabt. Hier seien Gemeinde und Kanton allerdings hart geblieben. Schnyder glaubt, die Behörden wollten eine Rückzahlung mit allen Mitteln verhindern, weil sie auf keinen Fall einen Präzedenzfall schaffen wollten.

Politische Lösung möglich

Juristisch ist der Fall klar: Das kantonale Steuerrecht steht einer Rückerstattung der be-

reits rechtskräftig veranlagten und bezahlten Steuern grundsätzlich entgegen. Die Rückzahlung des zu viel bezahlten Geldes an Ernst Suter könnte gemäss Alexander Locher, juristischer Sekretär beim Gemeindeamt des Kantons Zürich, jedoch auf politischem Weg erreicht werden. Möglich wäre gemäss Locher, dass die Stimmberechtigten mit einer Initiative verlangen würden, das Geld mittels Schenkung an Ernst Suter zurückzugeben. «Voraussetzung hierfür ist aber, dass eine solche Schenkung wegen der Höhe ihres Betrags in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung fällt.» Dies wäre gemäss der Dürntner Gemeindeverordnung bei einem Betrag von einer halben Million Franken der Fall.

Allerdings müsste eine solche Initiative auf Schenkung im Vorfeld als Geschäft der Gemeindeversammlung traktandiert werden. Die Initiative könnte deshalb frühestens nächstes Jahr an einer Gemein-

deversammlung behandelt werden, sofern sie zustande kommt und der Gemeinderat sie als gültig beurteilt. «Dann wäre es ein normaler Ausgabeposten in der Gemeinderechnung», sagt Locher.

Gnadenloses Gesetz

Für Schnyder habe sich beim Gespräch eines einmal mehr gezeigt: «Das Steuergesetz ist für Menschen mit einer Schwäche gnadenlos und unmenschlich. Es kann Leute in den Ruin treiben.» Sie würde sich mehr Menschlichkeit auf dem Steueramt wünschen. Gemeindepräsident Hubert Rüegg sagte dazu auf SRF: «Wenn sie beim Steueramt allzu menschlich sind, öffnen sie der Willkür Tür und Tor.»

Die Treuhänderin hofft, dass den Leuten durch den Fall bewusst geworden ist, wie wichtig es ist, die Steuererklärung pünktlich abzugeben und rechtzeitig Hilfe anzufordern.

Andreas Kurz

SVP bejaht Geschäfte

GRÜNINGEN An ihrer letzten Versammlung stimmten die Mitglieder der SVP Grüningen allen Geschäften der kommenden Gemeindeversammlung vom 5. Dezember zu. Der Baurechtsvertrag für Wohnen im Alter, das Projekt Sanierung Gerbi-Strasse und das Budget 2015 warfen gemäss einer Mitteilung keine Fragen auf.

Mehr zu reden gab der Projektierungskredit der Politischen und der Schulgemeinde für das Projekt «Halle Aussergass». Die Höhe des Kredits und die zu erwartenden Projektkosten gaben Anlass zu Diskussionen. Dennoch wurde schliesslich der Kredit ohne Gegenstimme gutgeheissen. Auch das Budget der Schulgemeinde, die Erneuerung der Informatik und der Projektierungskredit für die Schulraumerweiterung wurden durch die Versammlung durchgewinkt. *zo*

Jucker will in Kirchenpflege

RÜTI Beatrice Binder-Wüstner, Vizepräsidentin der Kirchenpflege und Vorsteherin des Ressorts Liegenschaften, hat aus beruflichen Gründen ihren Rücktritt aus der Kirchenpflege Rüti bekannt gegeben. Die Bezirkskirchenpflege Hinwil hat das Rücktrittsgesuch auf 31. Dezember genehmigt.

Heute wird die Kirchgemeindeversammlung die Nachfolge zu bestimmen haben. Als Kandidat für die Wahl in die Kirchenpflege hat sich Peter Jucker, Kehrriesenstrasse 17, Rüti, zur Verfügung gestellt. Der pensionierte Bauingenieur HTL bringt für die Leitung des neu zu besetzenden Liegenschaftensressorts ausgezeichnete Voraussetzungen mit, wie es in einer Medienmitteilung heisst. Einerseits ausreichende Zeitressourcen, um ein solches Amt übernehmen zu können, andererseits als langjähriger Verantwortlicher im Bereich Leitungsbau einer grösseren Kommunikationsfirma ist er mit Fragen aus dem Baubereich gut vertraut. Im Falle einer Wahl kann Peter Jucker sein neues Amt am 1. Januar 2015 antreten. *zo*

Gemeindeversammlung

Voranschlag und Gestaltungsplan

DÜRNTEN An der Dürntner Gemeindeversammlung von heute Abend stehen drei Traktanden. Als Erstes beraten die Stimmbürger über den Voranschlag 2015. Dieser sieht einen Aufwandüberschuss von knapp 300 000 Franken vor. Aufgrund der steigenden Einwohnerzahl wird der Steuerfuss trotz dem budgetierten Defizit bei 115 Prozent belassen. Weiter wird über die Genehmigung des privaten Gestaltungsplans Schlössli beraten. Ziel des Gestaltungsplans ist es, auf dem betreffenden Grundstück die Voraussetzungen für die Realisierung einer Wohnüberbauung zu schaffen. Daneben sind zwei Einbürgerungen traktandiert. Die Gemeindeversammlung beginnt um 20 Uhr in der Mehrzweckhalle Blatt in Tann. *zo*

Alle Geschäfte unter duernten.zol.ch

Rahel Schmucki



Wird bald zum Naherholungsgebiet: Das Hochwasserschutzprojekt für den Wildbach wurde an der gestrigen Gemeindeversammlung angenommen.

Markus Zürcher

Das Wildbachprojekt ist geglückt

HINWIL In der reformierten Kirche stimmten gestern Abend 114 Hinwiler über den Voranschlag 2015 und das Projekt Hochwasserschutz für den Wildbach ab. Beide Anträge wurden von den Bürgern angenommen.

Weil im «Hirschen»-Saal in Hinwil zurzeit Renovierungsarbeiten vorgenommen werden, trafen sich die Stimmberechtigten Hinwiler gestern Abend in der reformierten Kirche Hinwil. Im etwas kalten Kirchenschiff nahmen 114 Stimmbürger Platz und berieten über zwei Anträge: den Voranschlag 2015 und das Hochwasserschutzprojekt des Wildbachs im Abschnitt Grundstudien. Beide Anträge

wurden von der Gemeindeversammlung angenommen.

Das Budget 2015 für die Politische Gemeinde fiel erfreulich aus. Bei einem Aufwand von 45,8 Millionen Franken wird mit einem Ertragsüberschuss von 406 000 Franken gerechnet. Dieser Betrag soll dem Eigenkapital der Gemeinde eingelegt werden. Bei diesen Zahlen kann der Steuerfuss von 116 Prozentpunkten beibehalten werden. Der Voranschlag wurde ohne Wortmeldungen oder Diskussionen einstimmig angenommen.

Diskussionen um Wildbach

Nicht ganz einig waren sich die Stimmbürger beim zweiten Traktandum. Sie stimmten

über den ersten Teil des Hochwasserschutzprojekts für den Wildbach ab. «Der heute künstliche und naturfremde Wildbach soll zu einem Naherholungsgebiet werden», sagte Beat Amstutz, Gemeinderat und Ressortvorsteher Tiefbau und Werke. Mit dem Ausbau des Bachabschnitts auf einer Fläche von 7,5 Quadratkilometern erfülle das Projekt die Minimalanforderungen.

Das Projekt kostet insgesamt 2 850 000 Franken, wobei die Gemeinde Hinwil 29 Prozent, also 850 000 Franken, übernehmen muss. Deutlich zu viel für einen Bürger, der nachgerechnet hatte: «Der Hochwasserschutz kostet uns pro Meter 4500 Franken – für mich

eindeutig ein Luxusprojekt.» Amstutz konterte, dass das Projekt von Staat und Kanton mit 65 Prozent subventioniert werde. Das sei die maximale Subvention.

Landverlust für Anwohner

Neben den hohen Kosten machten sich die Bürger auch Sorgen um einen potenziellen Landverlust. Ein Anwohner, der neben dem Wildbach wohnt, berichtete: «Wenn das Projekt angenommen wird, verlieren wir 7,5 Meter unseres Grundstücks.» Die Gemeinde habe ihm und seiner Frau Geld angeboten, doch keinen konkreten Betrag genannt. «Ich wurde zwar informiert, aber ich habe noch nichts zugesichert.»

Das Vorgehen der Gemeinde erklärte Amstutz so: «Wir haben mit allen betroffenen Landbesitzern vorgängig gesprochen. Der Ablauf eines Projekts sieht aber vor, dass der Projektvorschlag zuerst von der Bürgerversammlung angenommen wird, bevor wir ein Landerwerbsverfahren einleiten.»

Auch Zweifel an der Entscheidung, an welcher Bachetappe das Projekt starten soll, konnte Amstutz gemeinsam mit der Rechnungsprüfungskommission und einem Experten beseitigen und so zu einem positiven Wahlergebnis beitragen. Mit 66 Ja- zu 41 Nein-Stimmen genehmigte die Gemeindeversammlung das Projekt.